

sionsfeld, immer mehr der Missionierung. 1931 besetzte Japan die Mandschurei, 1937 folgte der japanisch-chinesische Krieg, dann der zweite Weltkrieg, alles Ereignisse, die vor allem die amerikanischen Missionare schwer trafen. So sah man sich nach neuen Missionsgebieten um und glaubte, sie in Südamerika entdeckt zu haben. Ja, in gewisser Beziehung schienen diese Länder vor allem für die Nordamerikaner viel günstiger zu sein. Da war ein ganzer Kontinent mit einer fast einheitlichen Sprache und Kultur. Die Verhältnisse waren schon weit mehr der westlichen Kultur angepaßt. Vor allem aber war es die Nähe der Heimat, die den Missionaren einen festeren Boden unter die Füße gab, als es im Fernen Osten möglich war, eine Hilfe, die um so eher zu erwarten war, als auch die USA ein wirtschaftliches und politisches Interesse am südlichen Kontinent hatten.

1933 und 1936 waren zwei Bücher von John Machey erschienen, *The other Spanish Christ* und *The other America*, worin die auch heute noch von den Protestanten gehaltene These aufgestellt war: Lateinamerika ist ein Kontinent, der zwar vom römischen Ritualismus und Aberglauben angesteckt ist, der aber noch nicht das reine Evangelium erhalten hat.

Es war vor allem der kürzlich verstorbene John Mott († 31. Januar 1955), der zusammen mit anderen führenden Männern des amerikanischen Protestantismus einen großen Missionsplan für Südamerika ausarbeitete. Zunächst sollten die Zahl der Missionare und die wirtschaftlichen Hilfsmittel für Südamerika vermehrt werden. Zweitens sollten die besten und fähigsten Missionare dorthin gesandt werden, da es kein anderes gleichgewichtiges Missionsfeld gebe. Als dritter Punkt war die Ausarbeitung eines großzügigen Missionsplans vorgesehen, wobei man sich vor allem an die studierende Jugend und die intellektuellen Kreise zu wenden gedachte. Fünftens wollte man möglichst schnell an die Ausbildung einheimischer Prediger und Hilfskräfte herangehen, damit die südamerikanischen Kirchen selbstständig würden. Deswegen sollten sechstens an den wichtigsten Orten Seminarien errichtet werden und auch das Committee on Cooperation in Latin America, das seinen Sitz in New York hat, sollte stärker unterstützt werden. Es wurde schon berichtet (diese Zeitschrift Bd. 155 [Nov. 1954] S. 142), wie man in Südamerika das Vorgehen der Protestanten beurteilt (*Latinoamerica*, Januar 1955).

Der Priesternachwuchs auf den Philippinen. Das Gebiet der Philippinen umfaßt an die 7000 Inseln, deren Bevölkerung sich größtenteils aus Malaien zusammensetzt. $\frac{9}{10}$ der Einwohner, rund 15 986 000, sind katholisch. Unter ihnen wirken 1857 Priester in der unmittelbaren Seelsorge, so daß auf etwa 8608 Katholiken ein Priester trifft. Der Seelsorgsklerus macht rund 72 % des gesamten Klerus aus, der Rest ist in den Schulen und in der kirchlichen Verwaltung beschäftigt. In den Seminarien der 28 kirchlichen Verwaltungsbezirke bereiten sich 886 Studierende auf das Priestertum vor. Nimmt man an, daß im besten Fall $\frac{3}{4}$ dieser jungen Leute wirklich Priester werden, dann kann man mit einem jährlichen Zuwachs von 1,7 % an Priestern rechnen, während sich die Bevölkerung jährlich um 2,3 % vermehrt. Um den jetzigen Stand der Seelsorge als halten zu können, bedarf das Land auswärtiger Priester. Noch schlimmer steht es mit dem Nachwuchs an Laienbrüdern für die Orden. 1953 gab es nur 43 einheimische Laienbrüder, also einen auf rund 370 000 Katholiken. Etwas besser steht es mit den Schwesternberufen, wo neben 1101 fremden Schwestern 1980 einheimische arbeiten.

Tito und die Bauern. Auf dem 1948 abgehaltenen Kongreß der kommunistischen Partei Jugoslawiens wurde beschlossen, die Sozialisierung der Landwirtschaft energisch voranzutreiben. Es sollten also die Parteigenossen „den ländlichen Elementen, die durch Hortung von Nahrungsmitteln ihrer Pflicht gegen Staat und Volk nicht genügten“, kräftig zu Leibe rücken. Denn diese seien nichts anderes

als kapitalistische Ausbeuter, Feinde der Arbeiterklasse und Gegner des Arbeiterstaates. Kampf den kapitalistischen Elementen, die es darauf abgesehen hätten, die Bebauung ihres Bodens zu hintertreiben oder den Viehbestand zu vermindern.

Im Verfolg dieses Aufrufs der Parteiführung kam allmählich die sogenannte „erste Agrarreform“ zustande — wenigstens betitelte Marschall Tito in seiner Rede vom 27. September 1953 dieses Vorgehen, das nicht viel mehr als eine Verstaatlichung groß- und kleinbäuerlichen Landbesitzes war. Daß größere Gehöfte von über 100 ha, Mustergüter und landwirtschaftliche Schulen selbstverständlich eingeschlossen, in einem kommunistischen Staat enteignet wurden, verwundert nicht weiter, obwohl nur sie leistungsfähig genug waren, den Markt zu beliefern. Auffälliger war der Schlag gegen die zahlreichen Stellner von nicht mehr als 5 ha Land, die immerhin 70 Prozent aller bäuerlichen Betriebe ausmachten. Sie wurden kurzerhand nach dem sowjetischen Vorbild der Kolchosen zu staatseigenen Betrieben zusammengefaßt. Während 1948 nur 1318 solcher Gemeinbetriebe bestanden, stieg ihre Zahl unter dem Druck der Partei im Jahre 1950 auf 6964. Tito konnte in der erwähnten Rede befriedigt erklären, daß der Staat das gewonnene Land „Volksfeinden“ abgenommen habe. Konnte er auch mit der Produktion des staatlichen Neulands zufrieden sein?

Es war den Kommunisten gelungen, die jugoslawischen Bauern in Gemeinbetriebe zu zwingen, nicht aber, die Produktion zu steigern — diese ging vielmehr auf die Hälfte der Vorkriegserzeugung zurück. Nicht zuletzt lag diesem Fehlschlag der passive Widerstand der Bauernschaft zugrunde: Anstatt durch vermehrten Einsatz von Maschinen reichere Ernten zu schaffen, trachteten die erzwungenen Kolchosen danach, nur ihren Eigenbedarf zu decken und für eine feste Anstellung sowie ein sicheres Einkommen ihrer Verwaltung zu sorgen. Bald mußte Tito zugeben, daß „Unregelmäßigkeiten und Betrugereien“ vorgekommen seien. Das Land hungerte, und es mußte etwas geschehen.

Da erkannte im November 1951 das Plenum der kommunistischen Partei, daß alles Übel von der landfremden Nachahmung des sowjetischen Kolchosen-Systems stamme. Der ein Jahr später stattfindende Parteikongreß bereitete tatsächlich scheinbar umwälzende Gesetz vor, die März 1953 verabschiedet wurden: nun endlich durften die Bauern, die nicht mehr im Verband von Gemeinbetrieben arbeiten wollten, diese wieder verlassen. Die Erlaubnis bewirkte einen Massenaustritt. Nach einer Verlautbarung Titos sank die Zahl der Gemeinbetriebe von 6900 auf 3500, und in der slowenischen Republik blieben von 386 nur 73 übrig — gewiß ein Schlag gegen die ganze „Agrarreform“, der zeigt, daß für den Marxismus auf dem Lande kein Platz ist.

Aber man darf deshalb nicht meinen, daß sich eine kommunistische Regierung von ihren Fernzielen abbringen ließe. Genosse Kardelj, der zweite Mann im Staate, mußte natürlich seine über die Gesetze vom März 1953 empörten Genossen besänftigen. Er tat es mit der Versicherung, daß die Regierung noch immer über Mittel verfüge, die sozialistische Arbeit und das sozialistische Element in den Dörfern zu kräftigen; denn schließlich bestimme sie die Preis-, Steuer- und Darlehenspolitik, mit deren Hilfe sie den sozialisierten Teil der Landwirtschaft jederzeit vor den eigenständigen Bauern begünstigen könne. Um den rechtlinigen Parteigenossen vollends genugsutun, verstaatlichte eine „zweite Agrarreform“ allen privaten Landbesitz, der 10 ha überschritt, und übereignete ihn als bleibendes Geschenk an sozialisierte Gemeinbetriebe. Ungefähr 300 000 ha wurden auf diese Weise verstaatlicht.

Überschaut man die Lage der jugoslawischen Bauern, dann sieht es nicht so aus, als ob die kommunistische Zange ihren Griff wesentlich gelockert hätte. Tito sagt: „Wir haben es nicht aufgegeben. Wir sind im Begriff, an einem Punkte anzufan-

gen, von dem aus wir unser letztes Ziel erreichen werden: die Sozialisierung der Bauernschaft.“ (Aus dem Bericht des ehemaligen Kolchosendirektors Joseph Basaj, in: Christian Democratic Review, Januar 1955.)

Rußland und die Todesstrafe. Durch einen Erlaß vom 26. Mai 1947 wurde in der Sowjetunion die Todesstrafe abgeschafft. Andrej Wyschinski, ehemaliger Generalstaatsanwalt der Sowjetunion und als solcher für die vielen Hinrichtungen der Jahre vor dem Krieg verantwortlich, konnte sich nicht genug tun im Lobpreis dieser Maßnahme, die der „beste Erweis der sowjetsozialistischen Humanität“ sei. Aber schon 1950 sah sich die Sowjetunion offenbar wieder gezwungen, ihre Humanität aufzugeben. Die Todesstrafe wurde wieder eingeführt, und zwar hauptsächlich für politische Vergehen, für Verräter, Spione und Saboteure, was immerhin bezeichnend ist für die politische Lage des Landes. Am 6. Mai 1954 kündigte die Tass an, daß die Todesstrafe nun auch wieder auf Mord ausgedehnt werde. Das erste Todesurteil wurde in der Prawda vom 28. Mai 1954 veröffentlicht. Es handelte sich um einen Jugendlichen, der ein Mitglied des Komsomol niedergestochen hatte. In den nächsten Wochen häuften sich dann die Todesurteile. Anfang Juli wurde in Estland eine Frau hingerichtet. In weniger als drei Monaten wurden insgesamt 19 Todesurteile wegen Mordes ausgesprochen. Dazu kam noch ein weiteres Todesurteil wegen Raub und eines wegen politischen Vergehens. Die wirkliche Zahl der Urteile und Hinrichtungen läßt sich jedoch nicht feststellen, da sie als Staatsgeheimnis betrachtet werden, weil die Sowjetunion stolz darauf ist zu beweisen, daß es in einem sozialistisch regierten Land keine Verbrechen gebe.

Das moderne Gefängnis. In der Aprilnummer 1955 von „Esprit“, die dem Problem der Gefängnisse und ihrer Insassen gewidmet ist, spricht Professor de Greeff über seine 30jährigen Erfahrungen als Arzt in belgischen Gefängnissen (S. 649 bis 674). In diesem Zeitraum hat sich unter dem Einfluß neuer medizinischer, psychologischer, soziologischer und anthropologischer Erkenntnisse ein völliger Wandel in Auffassung und Handhabung des Strafvollzugs durchgesetzt. Die Gefängnisinsassen können heute besser als früher für ihre Familie sorgen. Ihre Rückkehr in die Freiheit und ihre Eingliederung in den Lebensprozeß wird durch soziale Maßnahmen sorgfältig vorbereitet. Besuche finden in einem mehr familiären Rahmen statt. Die Gefängnisse heißen auch gar nicht mehr Gefängnisse, sondern „Anstalten“ (établissements). Diese Anstalten sind je nach Alter und Verantwortlichkeit der Gefangenen differenziert. Psychisch Defekte werden ohne weiteres in eigenen Untersuchungsabteilungen des sog. „service anthropologique“ untergebracht und genießen seit 1930 den besonderen Schutz des Gesetzes der „Défense Sociale“. Alle Gefangenen werden ärztlich betreut, haben Recht auf Freizeit und können sich Zeitungen und Zeitschriften halten. Radio, Filme und Büchereien stehen ihnen zur Verfügung. Besonderen Wert wird auf berufliche Fortbildung gelegt.

Diese Reform, so meint Prof. de Greeff, ist durchaus zu begrüßen und entspricht der christlichen Auffassung vom Menschen. Er macht ihr nur eines zum Vorwurf: ihre Oberflächlichkeit. Tiefere Probleme, wie vor allem die der Verantwortung, der Gerechtigkeit und Sühne, würden völlig übersehen. Die meisten dieser humanitären Reformer kannten den wirklichen Kriminellen und die mit ihm gestellten Probleme gar nicht aus eigener Anschauung. Sie urteilten vom grünen Tisch aus und belasteten immer nur die Justiz und den Richter. Nur wer in jahrelanger enger Fühlung mit den Kriminellen gelebt habe, sei imstande, sich den Problemen zu stellen, die es hier anzupacken gilt. Statt dessen sei man einzig darauf aus, den Gefangenen die Haft so angenehm wie möglich zu machen. Diese